

Evangelisch-Lutherische Landeskirche
Mecklenburgs
XIV. Landessynode
3. Tagung
29. – 31. März 2007

Beschluss XIV/3-5

Beschluss

zur

Einladung zu Sondierungsgesprächen mit der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Landeskirche
und der Pommerschen Evangelischen Kirche

Die Landessynode dankt der Kirchenleitung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche für die Einladung zu Sondierungsgesprächen gemeinsam mit der Pommerschen Evangelischen Kirche.

Die Landessynode bittet die Kirchenleitung der Mecklenburgischen Landeskirche, auf die Gesprächseinladung der nordelbischen Kirchenleitung einzugehen und zu sondieren, welche verbindliche Form einer zukünftig noch intensiveren Zusammenarbeit sinnvoll ist.

Sie verweist auf die vielen Erfahrungen guter Zusammenarbeit mit Nordelbien und Pommern seit Jahrzehnten und besonders in den Jahren nach der Wiedervereinigung. Die Kooperationen der drei Kirchen sind hoffnungsvolle Zeichen für die Zukunft.

Die mecklenburgische Landessynode steht zugleich weiter zu den im Frühjahr 2006 beschlossenen „Prinzipien und Zielen einer gemeinsamen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Mecklenburg und Vorpommern“. Sie stellt einen eigenen Beschluss über das Kirchengesetz zum Rahmenvertrag jetzt zurück.

Die Gespräche sollen auf der Grundlage der Kooperationsvereinbarung zwischen den Kirchenleitungen der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs und der Pommerschen Evangelischen Kirche vom 29. September 2000 geführt werden.

Wir haben die Hoffnung, dass so im Kultur- und Gestaltungsraum im Norden Kirche gemeinsam lebendig gestaltet und gestärkt wird.

Zur Herbstsynode 2007 erbittet die Landessynode einen Bericht über den Stand der Gespräche.

Plau am See, den 31. März 2007



Seel

Präses der Synode

Evangelisch-Lutherische Landeskirche
Mecklenburgs
XIV. Landessynode
3. Tagung
29. – 31. März 2007

Beschluss XIV/3-6

Beschluss

„... damit die Globalisierung dem Leben dient“

(Anlage)

Plau am See, den 31. März 2007



Seel

Präses der Synode

Erklärung der Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche
Mecklenburgs

„... damit die Globalisierung dem Leben dient“

Anlass

Unter dem Leitmotiv „Wachstum und Verantwortung“ findet vom 6. bis 8. Juni 2007 in Heiligendamm der G8-Gipfel statt. Die jährlichen Treffen der Staats- und Regierungschefs aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, den USA, Kanada, Japan und Russland sind ein zentrales Symbol der fortschreitenden Globalisierung.

Für unsere Kirche ist dieses Treffen Anlass, sich den Herausforderungen der Globalisierung aus christlicher Perspektive verstärkt zuzuwenden. Dies geschieht, indem in unseren Gemeinden und kirchlichen Werken an den Themen des konziliaren Prozesses – Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung – weitergearbeitet wird und indem wir als Christen zu Andacht und zum Gebet einladen. Wir fragen nach den Auswirkungen der Globalisierung für das wirtschaftliche und soziale Leben in unserem Bundesland, in Deutschland und in der einen Welt, der Ökumene. Gerechtigkeit ist in Gottes Welt unteilbar.

Die Synode setzt große Erwartungen in die von der Bundesregierung vorgeschlagene Tagesordnung für den kommenden G8 Gipfel, der vom 6. bis 8. Juni 2007 in Heiligendamm stattfinden wird. Die Bundesregierung hat angekündigt, dass die Agenda „das Engagement der G8 für die benachteiligten Teile der Weltbevölkerung“¹ stärken wird. Von den von der Bundesregierung angekündigten Themen sind uns besonders wichtig die „Behandlung der sozialen Dimension der Globalisierung“ und der „weltweite Klimaschutz“.

Anliegen

Diese Erklärung der Synode unsere Landeskirche, auf deren Territorium der G8-Gipfel stattfindet, hat ein **doppeltes Ziel**.

Zum einen wendet sich diese Erklärung mit **Forderungen und Anregungen** sowohl an die politischen Entscheidungsträger als auch die Kirchgemeinden und Christen in unserer Landeskirche. Deshalb sind zu einzelnen Themenfeldern konkrete Beschlüsse, Bitten und Prüfaufträge an die unterschiedlichen Adressaten formuliert: an politische Verantwortungsträger und an uns selbst.

¹ Siehe „Schwerpunkte der deutschen G8-Präsidentschaft“ vom 18.10.2006 auf der Homepage der Bundesregierung zum G8 Gipfel: www.g-8.de (Zugriff am 17.01.2007)

Zum zweiten will unsere Landeskirche mit den hier beschriebenen Positionen zu einem intensiven **Gespräch** über die Herausforderungen der Globalisierung einladen. Dieses von unserer Kirche initiierte Gesprächsangebot richtet sich an unsere Gemeindeglieder und an die Öffentlichkeit, an Experten der einzelnen Sachgebiete und an Verantwortungsträger in der Politik, an die christlichen Kirchen in Deutschland und in der weltweiten Ökumene. Es liegt uns daran, über den G8-Gipfel 2007 hinaus für die mit der Globalisierung verbundenen Herausforderungen die Menschen zu sensibilisieren und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Damit dies nachhaltig gelingen kann, plant die Landeskirche mit ihren Werken und Diensten und mit Unterstützung des Evangelisch-Lutherischen Missionswerkes Leipzig einen **Konsultationsprozess** zu Globalisierungsfragen zu initiieren. Zur Umsetzung der entsprechenden Beschlüsse der 10. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) 2003 werden – auf Grundlage der in dieser Synodenerklärung beschriebenen Situationsanalysen und ausgesprochenen Feststellungen – Gespräche mit den Partnerkirchen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs (ELLM) durchgeführt. Hierzu soll zu Pfingsten 2009 eine internationale Konsultation in Mecklenburg stattfinden, um die notwendigen Absprachen für eine **gemeinsame Initiative unserer Kirchen für die 11. Vollversammlung des LWB 2010 in Stuttgart** zu treffen.

Einführung

Der sogenannte **Soesterberg-Brief** aus dem Jahre 2002, als Ergebnis der ökumenischen Konsultation² zur Wirtschaft im Dienst des Lebens in Soesterberg (Niederlande), mit seinen Fragestellungen zur Globalisierung aus christlicher Perspektive, löste eine intensive Debatte in den Kirchen Westeuropas aus. Die Evangelische Kirche von Westfalen veröffentlichte daraufhin 2005 das Positionspapier "Globalisierung. Wirtschaft im Dienst des Lebens" ebenso wie unsere Partnerkirche, die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern.

Der **Lutherische Weltbund**, dem wir als Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs angehören, hat sich in den vergangenen Jahren ebenfalls intensiv mit den Fragen der wirtschaftlichen Globalisierung auseinander gesetzt. Wir lassen uns von der **10. Vollversammlung** des LWB herausfordern, die vom 21. bis 31.7.2003 in Winnipeg in Canada getagt hat: „Als lutherische Communitio [Gemeinschaft] fordern wir die Entwicklung einer Ökonomie, die dem Leben dient. ... Wir betonen zudem gemeinsam mit Martin Luther, dass wirtschaftliche Praktiken, die dem Wohlergehen des/der Nächsten (und insbesondere der Schwächsten) zuwiderlaufen, verworfen und durch Alternativen ersetzt werden müssen. Luther erinnert die Geistlichen auch daran, dass sie verpflichtet sind, verborgenes Unrecht einer wirtschaftlichen Praxis, die die Schwachen ausbeutet, aufzudecken.“³ „Die wirtschaftliche Globalisierung führt bei zahllosen Menschen zu einem tiefen Gefühl der Hoffnungslosigkeit. Anstelle des verheißenen Wohlstands bringen viele Aspekte der wirtschaftlichen Globalisierung Millionen Menschen weiterhin Leid, Elend und Tod.“⁴ „Aus unseren vielfältigen Erfahrungen haben wir die Erkenntnis geschöpft, dass wir alle mit denselben negativen Konsequenzen neoliberaler Wirtschaftspolitik konfrontiert sind, die zu wachsender Not, vermehrtem Leid und größerem Unrecht in unseren Gemeinschaften führen. Als Communitio müssen wir der falschen Ideologie der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung so begegnen, dass wir dieser Realität und ihren Auswirkungen entgegentreten, sie umwandeln und verändern. Diese falsche Ideologie gründet auf der Annahme, dass der auf Privateigentum, ungezügelter Wettbewerb und dem Vorrang geschäftlicher Vereinbarungen aufgebaute Markt das absolute Gesetz ist, das das menschliche Leben, die Gesellschaft und die Umwelt beherrscht. Hier handelt es sich um Götzendienst. Er führt dazu, dass die, die kein Eigentum besitzen, systematisch ausgeschlossen werden, die kulturelle Vielfalt zerstört wird, instabile Demokratien demontiert werden und die

² In Trägerschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), des Reformierten Weltbundes (RWB), des Lutherischen Weltbundes (LWB), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Europäischen Gebietsausschusses des RWB.

³ Botschaft der 10. LWB Vollversammlung, Abschnitt IX. Die Wirtschaftliche Globalisierung verwandeln, Winnipeg, Canada 2003, Paragraph 61

⁴ ebd. Paragraph 58

Erde verwüstet wird.“⁵

Die 9. Vollversammlung des **Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK)** von Porto Alegre, Brasilien im Jahr 2006 bekräftigte in ihrem Agape-Aufruf ("Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde"), "dass eine Welt ohne Armut nicht nur möglich ist, sondern in Übereinstimmung steht mit Gottes Gnade für die Welt."⁶

I. Für mehr Handlungsmöglichkeiten in der globalen Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) stellt auf ihrer 5. Tagung fest: "Noch nie in der Geschichte verfügten die Menschen in unserem Land über so umfangreiche Einkommen und Vermögen...Viele Unternehmen erzielten in den letzten Jahren enorme Gewinnsteigerungen...Noch nie seit dem Ende des 2. Weltkrieges ist der Anteil der Menschen, die von Armut bedroht sind, so schnell gestiegen, wie in den letzten sieben Jahren... Die zunehmende Ungleichheit bedroht das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft."⁷ Ethische Kriterien und grundlegende Menschenrechte müssen weichenstellend sein für die ordnungs- und wirtschaftspolitisch nachhaltige Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, der Europäischen Union und weltweit.

Nationalstaatliche und internationale Politik gestaltet die Rahmenbedingungen der (welt-) wirtschaftlichen Entwicklungen (Global Governance). Dabei ist die Beteiligung und das Mitspracherecht der Entwicklungsländer zu erhöhen, damit Regelungen getroffen werden, die weniger der bisherigen internationalen Machtverteilung geschuldet sind, sondern mehr den Interessen der Menschen in allen Regionen gerecht werden.

1. Deshalb fordert die Synode über den Bevollmächtigten des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union die Bundesregierung auf,

- (a) das Modell der Sozialen Marktwirtschaft national und international weiter zu entwickeln im Hinblick auf eine stärkere politische, soziale und ökologische Steuerung der Marktwirtschaft,
- (b) ihre Mitgliedschaft im UN Menschenrechtsrat zu nutzen, um die wirtschaftlichen und sozialen international anerkannten Menschenrechte zu stärken.⁸ Denn diese Rechte sollen zu einem wichtigen Instrument, vergleichbar dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof, weiter entwickelt werden, um die Akteure der wirtschaftlichen Globalisierung stärker zur Rechenschaft zu ziehen,
- (c) sich stärker für „mehr demokratische Partizipation und Transparenz in multilateralen Institutionen und Entscheidungsprozessen“⁹ einzusetzen und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer zu stärken, insbesondere im Internationalen Währungsfonds (IWF) und in der Welthandelsorganisation (WTO) und
- (d) sich aktiv am „Financing for Development“-Prozess der Vereinten Nationen zu beteiligen und in der anstehenden Konferenz 2008 in Doha zu einer faireren Partnerschaft zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern beizutragen¹⁰.

⁵ ebd. Paragraph 59

⁶ Alternative Globalization Addressing People and Earth – AGAPE. Ein Aufruf zur Liebe und zum Handeln, Einleitung

⁷ Beschluss der 10. Synode der EKD auf ihrer 5. Tagung zum Schwerpunktthema „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“, Würzburg, 9. Nov. 2006

⁸ Lutherischer Weltbund/ LWB „Aufruf zur Beteiligung an der Verwandlung der wirtschaftlichen Globalisierung“, Rat des LWB, 16.9.2002, S. 3 und S. 11

⁹ ebd.

¹⁰ Auf der UN-Konferenz „Financing for Development“ 2008 wird es auch um Struktur- und Mitbestimmungsfragen zwischen Nord und Süd im Sinne einer globalen Entwicklungspartnerschaft gehen. www.un.org/ffd

II. Für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen G8 und Vereinten Nationen

Viele Länder außerhalb der G8 Staaten und Bürger in aller Welt beklagen das Legitimationsdefizit der G8, da sie als bloße „ad hoc-Gruppe“ wichtige internationale Entscheidungen maßgeblich bestimmen, ohne die Stimmen anderer betroffener Länder einzubeziehen. Eine verstärkte Zusammenarbeit der G8 mit den Vereinten Nationen ist dringend erforderlich. Die internationale Wirtschafts- und Finanzordnung ist demokratischer zu gestalten. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Umsetzung der 2006 beschlossenen Reform des UN Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC)¹¹.

2. Deshalb fordert die Synode über den Bevollmächtigten des Rates der EKD die Bundesregierung auf,

- (a) sich innerhalb der EU und mit den G8 Staaten dahingehend einzusetzen, dass deutliche Impulse für eine stärkere strukturelle Zusammenarbeit von G8 Gipfeln und UN Wirtschafts- und Sozialrat gesetzt werden und**
- (b) den Wirtschafts- und Sozialrat weiterzuentwickeln und ein „Globales Leitungsgremium“ innerhalb der UN für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zu schaffen¹².**

III. Einhaltung der Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und der menschenwürdigen Teilhabe am Arbeitsleben

„Die Chance, durch eigenes Bemühen seinen Lebensunterhalt zu sichern, gehört zur Würde und zur Freiheit jedes Menschen.“¹³ Dabei spielen die weltweite Ratifizierung und die Einhaltung der Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)¹⁴ eine besondere Rolle, um unlauteren Wettbewerb und Sozialdumping langfristig zu verhindern.

3. Deshalb fordert die Synode über den Bevollmächtigten des Rates der EKD die Bundesregierung auf,

- (a) die Bemühungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu unterstützen, die Ratifizierung und Einhaltung der international anerkannten Arbeitsnormen weltweit voranzubringen,**
- (b) die Empfehlungen der IAO zur „Sozialen Dimension der Globalisierung“¹⁵ umzusetzen und**

¹¹ Beispielsweise die Einrichtung eines „Entwicklungs-Kooperations-Forums“, das erstmalig im Sommer 2007 zusammentreten wird, sowie auf Ministerebene die jährliche Überprüfung der Umsetzung der Beschlüsse der UN Gipfel der 90er Jahre und der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs).

¹² Siehe auch Stellungnahme der Deutsche Gesellschaft für Vereinte Nationen (DGVN) zur UN-Reform 2005 (www.dgvn.de). Eine von Kofi Annan eingesetzte Arbeitsgruppe zur UN-Reform empfiehlt die Einrichtung eines „Global Leaders Forum (L27)“ von Staats- und Regierungschefs, das sich nach dem regionalen Verteilungsschlüssel der UN im Rotationsverfahren aus 27 der 54 Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) zusammensetzen würde. Siehe www.sef.de

¹³ Beschluss der 10. Synode der EKD auf ihrer 5. Tagung zum Schwerpunktthema „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“, Würzburg, 9. Nov. 2006, S. 2, Punkt 3

¹⁴ Beispielsweise die Abschaffung von Sklavenarbeit, Kinderarbeit und menschenunwürdiger Arbeit

¹⁵ IAO siehe unter www.ilo.org/public/english/fairglobalization/report/index.htm

- (c) durch einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt jedem Menschen die Chance zu geben, seinen Lebensunterhalt zu sichern.¹⁶**

IV. Stabilisierung der Finanzmärkte

Die Bundesregierung möchte im Rahmen des G8 Gipfels einen „Austausch über Maßnahmen zur Verbesserung der systemischen Stabilität und Transparenz der Finanz- und Kapitalmärkte“¹⁷ führen. Wie die Asienkrise Ende der 90er Jahre gezeigt hat, dürfen die sozialen Verwerfungen nicht unterschätzt werden, die durch spekulative Attacken auf die Wechselkurse einzelner Länder ausgelöst werden können. Aus Sicht des LWB steigern spekulative Finanz- und Investitionsgeschäfte den Reichtum einiger weniger und gefährden das Überleben eines Großteils der Menschheit.¹⁸ Ein Lösungsansatz liegt in der von Prof. Spahn¹⁹ weiterentwickelten Form einer „Tobin-Tax“ zur Besteuerung internationaler Devisentransaktionen, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereits 2002 in Monterrey in die internationale Debatte eingebracht wurde.²⁰

4. Deshalb fordert die Synode über den Bevollmächtigten des Rates der EKD die Bundesregierung auf,

- (a) gemeinsam mit den G8 Staaten und den Vereinten Nationen wirksame Instrumente zu entwickeln, um exzessive und häufig destabilisierende Bewegungen von spekulativen Investitionen einzudämmen²¹, insbesondere durch Maßnahmen gegen Steuerflucht, Steuervermeidung transnationaler Unternehmen, Steueroasen und Geldwäsche, und**
- (b) gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten der EURO-Zone eine Steuer auf Devisenumsätze einzuführen (z.B. die Spahn-Variante einer Tobin-Steuer).**

V. Umweltschutz und Klimaschutz verstärken

In der gemeinsamen Stellungnahme des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 („Rio + 10“) heißt es: „Die christlichen Kirchen treten für eine weltweite Verständigung über die ethischen Grundlagen einer nachhaltigen Gesellschaft ein, wozu unter anderem die Anerkennung des Eigenwertes aller Geschöpfe, das Eintreten für die unbedingte Würde des Menschen, Initiativen für eine verantwortliche Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für Gerechtigkeit für die Ärmsten und für die zukünftigen Generationen gehören. Wesentliche Elemente der nachhaltigen Entwicklung haben die Kirchen im Rahmen des ökumenischen Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung aufgenommen. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gehört zum Kernbestand christlicher Sozialethik.“²²

¹⁶ Beschluss der 10. Synode der EKD auf ihrer 5. Tagung zum Schwerpunktthema „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“, Würzburg, 9. Nov. 2006, S. 2, Punkt 3: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist darum ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt notwendig.“

¹⁷ Siehe „Schwerpunkte der deutschen G8-Präsidentschaft“ vom 18.10.2006 auf der Homepage der Bundesregierung zum G8 Gipfel: www.g-8.de (Zugriff am 17.01.2007)

¹⁸ Lutherischer Weltbund/LWB „Aufruf zur Beteiligung an der Verwandlung der wirtschaftlichen Globalisierung“, Rat des LWB, 16.9.2002, S. 9

¹⁹ Professor der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt/Main. Früherer Berater des Internationalen Währungsfonds.

²⁰ Auch der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz entwickelt in seinem neuen Buch „Die Chancen der Globalisierung“ (2006) einige Vorschläge zur Stabilisierung der Finanzmärkte, insbesondere die Einführung einer gemeinsamen Weltwährung (auf Grundlage des „Bancor“-Ansatzes von Keynes) für die Währungsreserven einzelner Länder.

²¹ Vgl. Lutherischer Weltbund/ LWB „Aufruf zur Beteiligung an der Verwandlung der wirtschaftlichen Globalisierung“, Rat des LWB, 16.9.2002, S. 11

²² Stellungnahme der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD zur UN-Konferenz für Nachhaltigkeit und Entwicklung vom 26.8.–4.9.2002 in Johannesburg („Rio + 10“) vom 5.7.2002, S. 3, Punkt 3 „Wertorientierung“

5.1. Die Synode fordert über den Bevollmächtigten des Rates der EKD die Bundesregierung auf,

- (a) alle G8 Länder zu bewegen, das Kyoto-Protokoll in einer zweiten Verpflichtungsperiode mit strengeren Reduktionszielen fortzuführen,**
- (b) der Initiative Frankreichs, Brasiliens, Norwegens, Großbritanniens und Chiles zu folgen und eine Solidaritätssteuer auf Flugtickets und darüber hinaus auf EU-Ebene eine Kerosinsteuer einzuführen,**
- (c) langfristig wirksame Anreize zur schnelleren Umstellung der Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen und regenerativen Energiequellen zu setzen,**
- (d) alle Steuerungsinstrumente, insbesondere den Emissionshandel, aber auch die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs, zu nutzen, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und den weiteren Anstieg der Klimaerwärmung soweit wie möglich zu stoppen,**
- (e) sich dafür einzusetzen, dass nur noch Kohlekraftwerke gebaut werden, die hinsichtlich einer CO₂-Abscheidung nachrüstbar sind und**
- (f) am Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie festzuhalten.**

5.2. Die Synode bittet alle Gemeinden und Einrichtungen der Landeskirche, sich ein Bild über ihre Energiebilanzen zu verschaffen und in ressourcenschonende und den CO₂-Ausstoß vermindernde Maßnahmen zu investieren.

5.3. Die Synode bittet die Kirchenleitung bis zur Herbstsynode 2007 zu prüfen, wie die notwendige Gemeindeberatung in Energie- und Umweltfragen wahrgenommen werden kann.

VI. Steigerung der Entwicklungshilfeleistungen und Förderung von Gemeindeparterschaften

Die Synode der ELLM unterstützt die Feststellung der EKD: „Der Reichtum Deutschlands stellt auch international eine Verpflichtung dar. Unser Land muss deutlicher als bisher Beiträge zur Gestaltung der weltweiten Entwicklungspartnerschaft zwischen reichen und armen Ländern leisten. Dazu gehört eine Steigerung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit.“²³

6.1. Deshalb fordert die Synode über den Bevollmächtigten des Rates der EKD die Bundesregierung auf,

- (a) die Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit schrittweise auf 0,7% des Bruttonationalprodukts im Jahr 2015 zu erhöhen. Dabei sollen Schuldenerlasse (wie beispielsweise für den Irak) nicht mehr in diese Quote eingerechnet werden und**
- (b) die Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit so effizient wie möglich für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele und als „Hilfe zur Selbsthilfe“ und zur Stärkung stabiler und demokratischer Rahmenbedingungen einzusetzen.**

Die Synode begrüßt die Anregungen der 10. Synode der EKD auf ihrer 5. Tagung an die Mitgliedskirchen der EKD, ihre Ressourcen in fairer Weise einzusetzen, „zum Beispiel durch Konsum fair gehandelter Produkte, ethisch verantwortliche Geldanlagen und Bereitstellung von zwei Prozent des Kirchensteueraufkommens für kirchlichen Entwicklungsdienst“.²⁴

6.2. Darum bekräftigt die Synode,

²³ Beschluss der 10. Synode der EKD auf ihrer 5. Tagung zum Schwerpunktthema „Gerechtigkeit erhöht ein Volk“, Würzburg, 9. Nov. 2006, S. 2, Punkt 2

²⁴ ebd.

- (a) dass auch weiterhin im landeskirchlichen Haushalt jährlich im Vorwegabzug 2 Prozent des Kirchensteueraufkommens für die Aufgaben im Sinne des „2%-Appells“ des Ökumenischen Rates der Kirchen (z.B. für den Evangelischen Entwicklungsdienst, den Lutherischen Weltdienst, für das Evangelische Missionswerk und die Partnerkirchen der ELLM) zur Verfügung gestellt werden,²⁵
 - (b) ihre Bitte an die Kirchgemeinden vom 29.10.2005, in ihre Haushaltsberatungen das Anliegen des „2%-Appells“ aufzunehmen und
 - (c) ihren Beschluss vom 16.11.1997 zur Verwendung fair gehandelter Produkte. Die Synode bittet die Gemeinden sowie kirchliche und diakonische Einrichtungen und Verwaltungen dafür Sorge zu tragen, dass zukünftig verstärkt fair gehandelte Produkte verwendet bzw. angeboten werden.²⁶
- 6.3. Die Synode bittet die Gemeinden, verstärkt Partnerschaften zu Kirchen in anderen Regionen der Welt, insbesondere in den Partnerkirchen in Tansania, Kasachstan, Rumänien, Großbritannien und in den USA aufzubauen und zu intensivieren, weil sie davon überzeugt ist, dass direkte Begegnungen mit Christen aus anderen Ländern der Globalisierung ein Gesicht geben und wichtige ökumenische Lernprozesse ermöglichen.
- 6.4. Die Synode beschließt, einen „Förderpreis Eine Welt“ zu vergeben. Die entsprechenden Richtlinien (inklusive Dotierung) sollen durch das Präsidium unter Beteiligung des Synodenausschusses „Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit“ bis zur Frühjahrssynode 2008 ausgearbeitet und der Synode zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

VII. Lösung der Schuldenkrise der Länder des Südens

Als Ergebnis der Entschuldungskampagne „Erlassjahr 2000“ und der G8 Gipfel 1999 in Köln und 2005 in Gleneagles sind einige der ärmsten Länder wie Tansania zum Teil erheblich von ihren Auslandsschulden entlastet worden. Für viele Länder reicht der bisherige Erlass nicht aus, da immer noch umfangreiche Mittel im Staatshaushalt der betroffenen Länder für den internationalen Schuldendienst gebunden sind, anstatt der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele²⁷ zu dienen.

Darüber hinaus ist die von „Erlassjahr 2000“ und der früheren Bundesregierung geförderte internationale Diskussion um ein Insolvenzrecht für Staaten abgebrochen worden. Noch immer steht grundsätzlich das Recht des Gläubigers über dem Lebensrecht der Armen in den überschuldeten Staaten. Und noch immer fehlt eine neutrale Instanz, um die Mitverantwortung von Gläubigern und Schuldnern zu beurteilen und festzulegen, welche Mittel des Schuldnerlandes für seine soziale, ökologische und demokratische Entwicklung als unpfändbar anzusehen sind. Die Millenniumsziele sind nur zu erreichen, wenn die von internationaler Verschuldung stark betroffenen Länder dauerhaft aus der Schuldenfalle befreit werden.

Der Lutherische Weltbund (LWB) fordert dazu auf, „die Rechtmäßigkeit der Außenverschuldung einiger Länder anhand folgender Punkte in Frage (zu) stellen: Sind die Kredite von demokratisch gewählten Führungen aufgenommen worden? Zu gerechten Konditionen? Wie wurde der Kredit verwendet? Wie viel wurde bereits zurückgezahlt? Welche Auswirkungen hat die Schuldentilgung auf das Leben der Bevölkerung?“²⁸ Die 10. Vollversammlung des LWB in

²⁵ Siehe auch Beschluss der Synode der ELLM vom 19.11.2000 zur Weiterführung des „2%-Appells“ als ein „wichtiges Zeichen der Zuverlässigkeit und Sicherheit für unsere Partner“.

²⁶ Der Faire Handel ist ein Zeichen der Solidarität und ein Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, deshalb ist er verstärkt zu fördern.

²⁷ Die Millenniumserklärung, auf die sich die Staats- und Regierungschefs auf der Sondervollversammlung der Vereinten Nationen im Jahre 2000 geeinigt haben, verpflichtet die Staaten, bis zum Jahr 2015 acht Ziele zu erreichen. Dies sind z.B. die Halbierung des Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, Grundschulbildung für alle Kinder, Verringerung der Kindersterblichkeit, Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten und Aufbau einer weltweite Entwicklungspartnerschaft.

²⁸ Lutherischer Weltbund/ LWB „Aufruf zur Beteiligung an der Verwandlung der wirtschaftlichen Globalisierung“, Rat des LWB, 16.9.2002, S. 11

Winnipeg, Canada, 2003 beklagt: „Die Internationale Verschuldung ist zu einem Herrschaftsinstrument geworden, die Zinssätze sind mit Wucher gleichzusetzen, die Schulden sind vielfach nicht legitim und die von den Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen unternommenen Anstrengungen waren bisher erfolglos.“²⁹ Die bundesdeutsche Kampagne „erlassjahr.de“, die von unserer Landeskirche mitgetragen wird, bereitet für die Demonstration am 2.6.07 in Rostock eine besondere Aktion vor, damit „illegitime Schulden“ gestrichen werden.³⁰

7.1. Deshalb fordert die Synode über den Bevollmächtigten des Rates der EKD die Bundesregierung auf,

- (a) im Rahmen ihrer G8- und EU-Präsidentschaft eine neue Initiative für ein faires und transparentes internationales Entschuldungsverfahren (internationales Insolvenzrecht für Staaten) zu ergreifen.**
- (b) die Schuldentragfähigkeit in den laufenden Verhandlungen des Internationalen Währungsfonds so zu definieren, dass dringend benötigte Mittel für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele im Schuldnerland nicht länger für die Zahlung des Schuldendienstes verwendet werden.**

7.2. Die Synode bekräftigt ihren Beschluss vom 1.4.2001, dass unsere Landeskirche Mitträgerin der Kampagne „erlassjahr.de“ bleibt. Sie bittet die Gemeinden, Dienste und Werke unserer Landeskirche, die Anliegen der Kampagne zu unterstützen (illegitime Schulden streichen, faires und transparentes Entschuldungsverfahren einrichten).

VIII. Patentrechte zum Nutzen aller Menschen

Die Synode hat sich am 15.11.2003 die Ziele des „Aktionsbündnis gegen AIDS“³¹ zu eigen gemacht und die Mitgliedschaft der Landeskirche in diesem Bündnis befürwortet, „weil die Ziele nur durch öffentlichen Druck auf die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft erreicht werden können.“ Der von diesem Bündnis geforderte „Zugang zu lebensnotwendigen, unentbehrlichen Medikamenten für Menschen in ärmeren Ländern“ steht in engem Zusammenhang mit der Frage, wie Patentrechte international geschützt bzw. wie neue wissenschaftliche Erkenntnisse zum Wohle der Menschheit eingesetzt werden.

Die Bundesregierung hat angekündigt, geistige Eigentumsrechte (Patentschutz, Copyright) zu einem Schwerpunktthema des G8 Gipfels zu machen. Die Fixierung der Debatte auf Schutz der Industrienationen vor Produktpiraterie aus Asien ignoriert die weitreichenden Folgen von geistigen Eigentumsrechten für die Weltbevölkerung. Bei Medikamenten und Saatgut wird offensichtlich, wie „Patenschutzrechte“ zugleich zu Verknappungsinstrumenten werden, die viele Menschen von der Nutzung lebensnotwendiger Güter ausschließen.

8. Deshalb fordert die Synode über den Bevollmächtigten des Rates der EKD die Bundesregierung auf,

- (a) sich gegen die Patentierung von Tieren und Pflanzen und für eine differenzierte Patentpolitik im Bereich des Saatguts einzusetzen; stattdessen soll der Schutz traditioneller Sorten und traditionellen Wissens gefördert werden,**
- (b) sich für eine differenzierte Patentpolitik für Arzneimittel einzusetzen, die als oberstes Ziel einen gerechten Zugang zu unentbehrlichen Medikamenten hat,**
- (c) sich für neue, nicht gewinnorientierte Modelle der Arzneimittelforschung einzusetzen.**

²⁹ 10. LWB-Vollversammlung, Abschnitt IX. Die Wirtschaftliche Globalisierung verwandeln, Winnipeg, Canada, 2003, Paragraph 60

³⁰ www.erlassjahr.de

³¹ Siehe www.aids-kampagne.de/kampagneninfos/ziele

IX. Perspektiven für die Landwirtschaft

Bei ihrer letzten Ministerkonferenz in Hongkong hat die Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember 2005 beschlossen, dass die umstrittenen und für viele Landwirte in Entwicklungsländern besonders schädlichen Agrarexport-Subventionen erst im Jahr 2013 auslaufen sollen. Damit wird zugelassen, dass EU-Agrarüberschüsse zu einer unfairen Konkurrenz für einheimische Produzenten werden, deren Produktionskosten über den subventionierten Preisen europäischer Importe liegen.³²

9.1. Die Synode fordert über den Bevollmächtigten des Rates der EKD die Bundesregierung auf,

- (a) die EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um – wie von Brasilien bei den WTO Verhandlungen gefordert – schon 2010 alle Agrarexport-Subventionen abzuschaffen,**
- (b) mehr Anreize zu geben, anstelle einer Überschussproduktion von Nahrungsmitteln in der EU mehr auf ökologischen Anbau, auf die Landschaftspflege und die dezentrale Energiegewinnung im ländlichen Raum zu setzen und**
- (c) sich bei der WTO dafür einzusetzen, dass den Entwicklungsländern zur Sicherung ihrer Nahrungsmittelsouveränität das Recht zugestanden wird, ihre Landwirtschaft durch Zölle und andere Marktzugangsregeln zu schützen.**

9.2. Die Synode erinnert an ihre Empfehlung an die Kirchgemeinden vom 1.4.2001, bei Neuabschluss bzw. bei der Verlängerung von Pachtverträgen folgende Formulierung aufzunehmen: „Gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut darf auf dem Pachtgrundstück nicht ausgesät und gepflanzt werden.“ Wir treten für gentechnikfreie Regionen ein.

³² EKD Texte 81, Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung. Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen. Eine Stellungnahme der Kammer für nachhaltige Entwicklung der EKD zur Sondervollversammlung der Vereinten Nationen im September 2005, S.14: „Jüngstes Beispiel ist der hoch subventionierte Export von Geflügelteilen aus Europa nach Westafrika mit der Folge, dass die dortigen Kleinbauern ihre Ware auf den lokalen Märkten häufig nicht mehr kostendeckend verkaufen können. So vertiefen hiesige Subventionen die Armut in den Ländern des Südens.“

X. Landeskirchliches Engagement anlässlich des G8 Gipfels in Heiligendamm und darüber hinaus

Die Synode begrüßt die Beteiligung von Gemeindegliedern und Kirchgemeinden der Landeskirche an friedlichen Aktivitäten während des G8-Gipfels. Sie befürwortet die verschiedenen Initiativen, den G8 Gipfel zu nutzen, um in friedlicher Form auf Alternativen aufmerksam zu machen, wie eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Globalisierung gestaltet werden kann. Dem dient unter anderen die Informationsmappe „global und gerecht. Kirchen an der Seite der Armen“, die die Landeskirche gemeinsam mit Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst herausgegeben hat.

- 10.1. Die Synode ruft besonders zur Fürbitte auf und unterstützt die Initiativen „Heiliger Damm des Gebets“ und „Acht Minuten für Gerechtigkeit“.**
- 10.2. Die Synode bittet alle Verantwortlichen für die Fort- und Weiterbildung, die Werke, Ämter und Gemeinden in unserer Kirche, die wichtigen Themen der sozialen Dimension der Globalisierung, der Menschenrechte, des Klimaschutzes, der Zukunft der Landwirtschaft, der Entwicklungszusammenarbeit und der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele auch über den G8-Gipfel hinaus weiter zu verfolgen.**
- 10.3. Die Synode bittet die Glieder der Landeskirche, diese Erklärung in ihren Lebens- und Arbeitszusammenhängen bekannt zu machen.**
- 10.4. Die Synode bittet den Oberkirchenrat, diese Erklärung in geeigneter Form herauszugeben, so dass sie in den Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen ausgelegt werden kann.**
- 10.5. Die Synode beauftragt die Vertreter der ELLM, in kirchlichen Gremien wie EKD, Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD), dem Deutschen National-Komitee des Lutherischen Weltbundes und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) diese Erklärung bekannt zu machen.**
- 10.6. Die Synode beauftragt das Evangelisch-Lutherische Missionswerk Leipzig e.V., diese Erklärung im Rahmen eines Workshops beim Alternativgipfel in Rostock zu präsentieren.**

Evangelisch-Lutherische Landeskirche
Mecklenburgs
XIV. Landessynode
3. Tagung
29. – 31. März 2007

Beschluss XIV/3-7

Beschluss
zum Religionsunterricht

Der Gemeindeausschuss schlägt der Synode vor, dass der Oberkirchenrat gebeten wird, zur nächsten Tagung der Landessynode ein Papier vorzulegen zur Frage, wie Religionsunterricht im Bereich unserer Kirche verstärkt unterstützt werden kann. Dabei sind die im Antrag 1 Niemann/Kiesow aufgeführten Probleme zu bedenken.

Plau am See, den 31. März 2007



Seel

Präses der Synode
Evangelisch-Lutherische Landeskirche
Mecklenburgs
XIV. Landessynode
3. Tagung
29. – 31. März 2007

Beschluss XIV/3-8

Beschluss

Brief an Ministerpräsident und Landtagspräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern
(Anlage)

Plau am See, den 31. März 2007



Seel

Präses der Synode

Anlage zu Beschluss XIV/3-8

Präsidentin des Landtages

Mecklenburg Vorpommern

Frau Sylvia Bretschneider

Adresse

(Ministerpräsident des Landes

Mecklenburg-Vorpommern

Herrn Dr. Harald Ringstorff

Adresse)

Plau am See, den 31. März 2007

Sehr verehrte Frau Landtagspräsidentin Bretschneider,

die Landessynode und das Diakonische Werk der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass die Kinderarmut in unserem Bundesland deutlich zunimmt. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes sind 36 % der Sozialhilfeempfänger Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die Folgen des Aufwachsens von Kindern in Armut sind gravierend. Armut reduziert die Bildungschancen und Teilhabemöglichkeiten dieser Kinder. Die Diakonie und die Landessynode sehen einen dringenden Handlungsbedarf.

Nach Auffassung des Landesverbandes der Diakonie können Tageseinrichtungen für Kinder wirkungsvoll helfen. Als niedrigschwelliges Angebot erreichen sie fast flächendeckend alle Kinder und deren Familien.

Innerhalb der Mecklenburgischen Landeskirche gibt es 57 Kindertagesstätten, welche in kirchgemeindlicher bzw. diakonischer Trägerschaft sind. Darunter sind 18 integrative Kindertagesstätten und zwei Sprachheilkindergärten. Insgesamt werden 4.391 Plätze angeboten. Dort sind 559 Erzieherinnen und Erzieher beschäftigt.

Nur eine insgesamt auskömmliche und verlässliche Finanzierung der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote kann langfristig zu

Bildungserfolgen und Chancengerechtigkeit für alle Kinder führen. Wir sehen es als Aufgabe des Landes und der Kommunen an, die erforderlichen Haushaltsmittel dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Gefordert ist die Landespolitik aber auch in der Gesetzgebung, wenn es darum geht, das Kindertagesförderungsgesetz, das seit August 2004 in Kraft ist, zu novellieren. Folgende Eckpunkte sollten dabei Berücksichtigung finden:

1. Der Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und gesundheitliche Förderung von Kindern muss bereits im Krippenalter beginnen.
2. Das Land muss zusätzliche Mittel bereitstellen, um das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern in Bezug auf einen Kindertagesstättenplatz unabhängig von deren finanzieller Situation garantieren zu können.
3. Die Beitragsfreiheit für Kindertageseinrichtungen darf nicht erst im Kindergartenalter beginnen, sondern sollte bereits deutlich früher greifen.
4. Die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen soll so gestaltet werden, dass die Wahl einer Kindertagesstätte, die im Gebiet eines anderen öffentlichen Trägers der Jugendhilfe liegt, nicht zu einer Mehrbelastung der Eltern führt.
5. Zur Sicherung des Bildungsauftrages ist auf eine qualifizierte Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher zu achten. Es ist notwendig, die Ausbildungszeit zu verkürzen, den Ausbildungsstandard zu steigern und eine kontinuierliche Aus-, Fort- und Weiterbildung anzubieten.
6. Eine gute Personalausstattung, familienfreundliche Öffnungszeiten, eine praxisorientierte Qualifizierung sowie eine angemessene Sachausstattung sind Grundlage dieser wichtigen Arbeit.

Wir bitten Sie, unser Anliegen an die zuständigen Landtagsausschüsse weiterzuleiten.

(Wir bitten Sie, unser Anliegen an die zuständigen Fachminister weiterzuleiten.)

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Seel

Präses der Landessynode

Gleichlautend an den Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-
Vorpommern

Gleichlautend an die Präsidentin des Landtages

Evangelisch-Lutherische Landeskirche
Mecklenburgs
XIV. Landessynode
3. Tagung
29. – 31. März 2007

Beschluss XIV/3-9

Beschluss

zur Vertretung bei Inanspruchnahme von Elternzeit

Der Oberkirchenrat wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass bei Vertretungen auf Grund der Inanspruchnahme von Elternzeit die Regelungen des Vakanzgesetzes entsprechend angewendet werden.

Plau am See, den 31. März 2007

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Seel', written in a cursive style.

Seel

Präses der Synode